

Zur Aufgabe von Gedenkstätten und Museen

THESE 13: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen

geschrieben von Axel Klausmeier

Zeitgeschichtliche Museen und Gedenkstätten sind Resonanzkörper gesellschaftlicher Entwicklungen und Diskussionen. Zugleich können sie Akzente in Debatten setzen und als Foren aktueller Diskurse dienen. Ein paar wenige Schlagworte mögen dies belegen, denn gesamtgesellschaftliche Debatten der jüngeren Vergangenheit etwa um den sogenannten »Historikerstreit« (1986/87), die »Wehrmachtsausstellung« (1995), Diskussionen um die DDR als »Unrechtsstaat« oder aber als »kommode Diktatur« haben immer auch mitunter erhitzte Diskussionen in diesen Einrichtungen nach sich gezogen. Zugleich machen populistische Diffamierungen wie im Zusammenhang mit dem Ausspruch zum »Denkmal der Schande« (Björn Höcke, 2017) deutlich, wie Erinnerungskultur, Geschichte oder auch historische Begriffe politisch instrumentalisiert werden, aber auch Debatten anstoßen und festgefahrene Interpretationsmuster unterhöhlen, hinterfragen und/oder auch erweitern.

Vor diesem Hintergrund behält das Diktum der nie endenden Auseinandersetzung mit der Geschichte eine ebenfalls niemals endende Aktualität, und die nicht zuletzt bereits durch Friedrich Nietzsche 1874 aufgeworfene Frage nach dem »Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben« bleibt bis heute relevant, auch wenn es in der Vermittlungsarbeit von Zeitgeschichtlichen Museen und Gedenkstätten vielmehr darum gehen muss, wie die demokratischen Werte, die unsere Verfasstheit charakterisieren, in Zeiten der immer aggressiver werdenden Bedrohung dieser Werte verteidigt werden können. Zu vermitteln und deutlich zu machen, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind, ist eine ständige, immer neue Aufgabe, denn die gesellschaftlichen und lebensweltlichen Rahmenbedingungen verändern sich beständig.

Für den Bereich der Gedenkstätten und Museen hat sich daraus der ungeschriebene Anspruch entwickelt, dass Dauerausstellungen, die hier den Kern der historisch-politischen Vermittlungsarbeit darstellen, eine Laufzeit von zehn Jahren nicht wesentlich überschreiten sollten. Die Ausstellungen, die meist aufwändig und kostspielig wie auch auf dem jeweils neuesten Stand der Forschung eingerichtet worden sind, kommen nicht nur in Bezug auf Abnutzung und Technik in die Jahre. Sie riskieren auch, die Aktualität und den Bezug zur Gegenwart zu verlieren. Zu sehr verändern sich im Laufe der Zeit die Fragen und Themen einer sich verändernden Gesellschaft und der heranwachsenden »nächsten« Generation. Jede Generation stellt neue Fragen an die Geschichte und verändert damit die Sichtweisen auf die Auseinandersetzung mit Geschichte, ebenso wie auf die Aufarbeitung selbst. Zudem ist in der sich immer weiter globalisierenden Welt für viele Menschen in Deutschland die deutsche und europäische Geschichte nicht mehr zwingender Bestandteil der eigenen Familientradition bzw. des eigenen Erfahrungshorizonts. Somit ist es nur konsequent, dass migrantische Perspektiven und die Auseinandersetzung mit Kolonialismus und historischem wie vorherrschendem Rassismus Teil der gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und damit auch musealen Diskurse werden. Die Auseinandersetzung mit Geschichte, wenn man sie ebenso akribisch wie faktenbasierend und zugleich multiperspektivisch anlegt, wird also mit zunehmendem zeitlichem Abstand nicht einfacher und stromlinienförmiger, sondern durch angemessene Kontextualisierung vielmehr komplexer. Gelingt es in diesen Diskursen, ein Bewusstsein für eben diese Komplexität historischer Ereignisse zu schärfen und bestenfalls zur (Neu)Orientierung bzw. zur kritischen Bewertung des eigenen Standpunkts durch historische Erkenntnis und Kontextualisierung beizutragen, ist schon viel erreicht.

Dies alles hat Auswirkungen auf die Vermittlungsarbeit ebenso wie auf die jeweiligen Sammlungen, denn eine zentrale Herausforderung der Sammlungsarbeit besteht darin, den vielstimmigen Charakter der Erinnerung – etwa an die Berliner Mauer – angemessen zu erfassen und die

Sammlungen beständig zu erweitern. Dabei gilt es, unterschiedliche Erinnerungsebenen – das individuelle Erleben und die großen historischen Zusammenhänge – in der Sammlung miteinander zu verbinden, ohne dass einzelne Perspektiven marginalisiert oder durch andere überlagert werden. Diese Erweiterung verlangt neue Ansätze etwa in Sammlungspraxis, Provenienzforschung, Kontextualisierung und Vermittlung. Diversitätssensible Sammlungsarbeit ist somit unverzichtbar, um museale Sammlungen offen, dynamisch und gesellschaftlich relevant zu gestalten. Dass diese Anpassungen nicht ohne entsprechende finanzielle staatliche Unterstützung passieren können, versteht sich von selbst.

Die Verantwortlichen in zeithistorischen Museen und Gedenkstätten dürfen sich niemals in der Sicherheit wähnen, sie seien mit der Erforschung und Vermittlung der historischen Ereignisse »fertig«. Das Gegenteil ist gerade in Zeiten von »KI« der Fall, denn die Verteidigung vermeintlich endgültiger Wahrheiten würde diese Einrichtungen letztlich inhaltlich wie als Foren der respektvollen Debatten überflüssig machen. Vielmehr müssen sie durch Offenheit und faktenbasierte Argumente zur Einsicht beitragen, dass sich vermeintlich einfache Antworten, die mit historischen Argumenten im populistischen Gewande daherkommen, aufgrund der historischen Komplexität grundsätzlich verbieten. Der Bezug auf die von Deutschland mehrfach ausgegangene Gewaltgeschichte kann deutlich machen, dass Freiheit, Demokratie und der Schutz der Menschenwürde nicht selbstverständlich sind und es eine ständige, immer neue Aufgabe ist, diese Werte zu verteidigen. Die stetige und wiederkehrende Auseinandersetzung mit der Frage, was man »aus der Geschichte lernen« kann, hängt unmittelbar damit zusammen, ob und wie unsere plurale Gesellschaft die Gegenwart »besser« als in der Vergangenheit gestaltet.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 12/2025](#).